

# Der liberale Südwesten: Statuten und Leben der Protestantenvereine in Baden und der Pfalz\*

*Claudia Lepp*

Die neuere Protestantismusgeschichte lässt sich nicht allein im Rahmen politischer und rechtlicher Grenzen des Territorialstaates schreiben.<sup>1</sup> Theologie- und frömmigkeitsgeschichtliche Entwicklungen reichen über Territorialgrenzen hinweg. So kann man für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts von einem kirchlich-liberalen Südwesten sprechen, der die bayerische Pfalz und das Großherzogtum Baden umfasst. Auf nationaler Ebene waren die Kirchlich-Liberalen seit 1865 im Deutschen Protestantenverein organisiert. Der Verein, die zentrale Vergesellschaftungsform des Bürgertums im 19. Jahrhundert, war ein Modell der sozialen Organisation von Religion, der territoriale Grenzen überschreiten konnte. So stand die Verbindung im Deutschen Protestantenverein quer zu einer territorial strukturierten Religion und Kultur. Und doch blieb der nationale Verein über seine Landes- und Ortsvereine auch in einen territorialen und lokalen Rahmen eingebunden. Zugleich weisen die regionalen Vereine je eigene Prägungen auf, die sie voneinander unterscheiden. In der nachfolgenden Darstellung der Entwicklung des badischen und des pfälzischen Protestantenvereins im Kontext des Deutschen Protestantenvereins sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb des liberalen Südwestens deutlich werden.

## I. Der Protestantenverein in Baden

### I. 1 Protestantisch-liberale Anfänge

Mit der politischen Reaktion gingen während der 1850er Jahre in vielen Territorien auch kirchliche Veränderungen einher. Begünstigt von den Regierungen versuchte die neue Orthodoxie, wie sie in den dreißiger und vierziger Jahren aus einem Bündnis von Pietismus und alter Orthodoxie hervorgegangen war, ihr Ideal einer hierarchischen Amts- und Bekenntniskirche zu verwirklichen und die Spuren des Rationalismus in der Kirche zu verwischen. Diese Bestrebungen stießen Ende der fünfziger

---

\* Vortrag bei der Tagung „Liberale Frömmigkeit. Zur Geschichte der südwestdeutschen Protestantenvereine im 19. Jahrhundert“ des Verein für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden und des Vereins für pfälzische Kirchengeschichte in Bad Herrenalb am 11.1.2008.

<sup>1</sup> Vgl. Frank-Michael Kuhlemann, Territorialkirchengeschichte. Theoretische und methodische Überlegungen zu einem Forschungskonzept am Beispiel Deutschlands und Österreichs für das 19. und frühe 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 117 (2006), 211–230, 214.

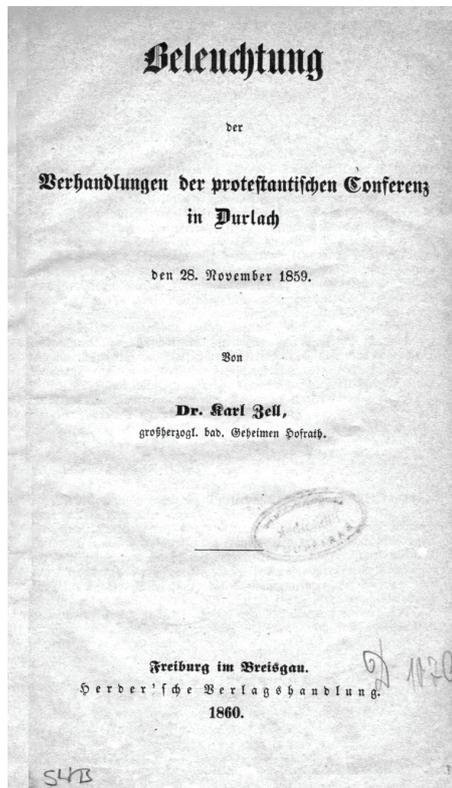


Abb. 1:  
 Titelblatt der „Beleuchtung der Verhandlungen der protestantischen Konferenz in Durlach“ 1859 (Landeskirchliche Bibliothek)

Jahre in einigen Landeskirchen auf den Widerstand liberaler Protestanten. So auch in Baden, wo der orthodox-liberale Gegensatz erstmals im Agendenstreit von 1858 offen aufbrach.<sup>2</sup> In der unierten Landeskirche sollte die rationalistisch geprägte Agende durch eine neue abgelöst werden, die von vielen als „lutherisch“ oder „katholisierend“ empfunden wurde.<sup>3</sup> Der Protest gegen die Einführung der Agende fand seine geistigen Führer in der Heidelberger Universität. Vor allem der liberale Historiker Ludwig Häusser und der Theologe Daniel Schenkel nahmen die Agende zum Anlass, den Kampf gegen die konservative Kirchenbehörde und die mit ihr verbündeten Regierung aufzunehmen.<sup>4</sup> Weite Teile der protestantischen Bevölkerung und vor allem die protestantisch-liberale Oberschicht schlossen sich dem Protest an und entluden darin aufgestaute Aggressionen gegen die kirchliche und politische Reaktion. Vorrangig manifestierte sich im Agendenstreit ein bürgerlicher Emanzipationswille, der Anspruch auf ein Mitspracherecht der Gemeinden in kirchlichen Fragen stellte. Von den liberalen Führern geschickt gelenkt, nahm der Protest solche Ausmaße an, dass die Regierung auf die zwangsweise Einführung der neuen Agende verzichtete.

Bereits 1859 regte sich in Baden erneut protestantisch-liberaler Widerstand. Anlass war das zwischen dem Großherzogtum Baden und dem Heiligen Stuhl abgeschlossene Konkordat. Die Opposition formierte sich nun in der Durlacher Konferenz, in deren Mittelpunkt neben Häusser und Schenkel auch der liberale Heidelberger Pfarrer Karl Zittel stand. Auf der von rund 400 bürgerlichen Teilnehmern besuchten Konferenz wurde das Konkordat als Kapitulation der Staatsgewalt vor päpstlichen Ansprüchen, als Bedrohung der Glaubens- und Lehrfreiheit sowie als Gefahr für den konfessionellen Frieden und damit einer nationalen Einigung interpretiert. Deutlicher als im Agendenstreit offenbarte sich nun die Vermengung religiöser und politischer Motive in der protestantisch-liberalen Protestbewegung Badens, die

<sup>2</sup> Eine ausführliche Darstellung der kirchenpolitischen Entwicklung in Baden während der späten 1850er und frühen 1860er Jahren findet sich bei Josef Becker, *Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860–1876*, Mainz 1973, 27–105.

<sup>3</sup> Vgl. Daniel Schenkel, in: *Protestantische Flugblätter* 20 (1885), 66.

<sup>4</sup> Vgl. Wilhelm Hönig, Richard Rothe. *Sein Charakter, Leben und Denken. Zur Feier seines hundertsten Geburtstages dargestellt*, Berlin 1898, 131.

neben den kirchlichen auch die politischen Ziele des Liberalismus voranbringen wollte. Die Intensität des von den Heidelbergern gesteuerten Konkordatssturms mit seinen Volksversammlungen, Denkschriften, Petitionen und Pressekampagnen, sowie die Ablehnung des Konkordats durch die zweite badische Kammer veranlassten den Großherzog politisch wie kirchlich zu einem Kurswechsel. Im Oktober 1860 trug er auch der Forderung der Durlacher Konferenz nach einer konstituierenden Generalsynode Rechnung und erließ eine EntschlieÙung über eine Verfassungsänderung der Landeskirche. Nach personellen Umbesetzungen im Oberkirchenrat beschloss die Generalsynode im September 1861 mit ihrer liberalen Mehrheit eine Kirchenverfassung, die episcopale, synodale und presbyteriale Elemente in sich vereinigte und später als Verkörperung der Verfassungspläne des Deutschen Protestantenvereins galt.

Durch ihren Erfolg bestärkt, ergriffen die Führer der badischen Bewegung die Initiative zur Bildung einer nationalen Organisation des kirchlichen Liberalismus. Es folgte die Gründung des Deutschen Protestantenvereins, den die Badener bis zum Vorortwechsel von Heidelberg nach Berlin im Jahr 1874 dominierten.

## I. 2 Baden als programmatische Heimat des Protestantenvereins

Der Heidelberger Theologe Richard Rothe leistete mit seinem die einzelnen Vereinszwecke übergreifenden kulturprotestantischen Entwurf die geistige Unterfütterung der kirchenpolitischen Parteiorganisation.<sup>5</sup> Ausgangspunkt seiner kulturtheologischen Überlegungen war der Entkirchlichungsprozess innerhalb des Bürgertums, den er infolge seines positiven Säkularisierungskonzepts nicht als ein Zeichen abnehmender Christlichkeit seiner Zeit wertete. Die „unbewußten Christen“ hatten sich nach Rothes Einschätzung nicht vom Christentum entfernt, wie der moralische Fortschritt der Gesellschaft beweise, sondern von einer Kirche, deren Lehre und Verfassung im Widerspruch zu moderner Bildung und bürgerlichem Emanzipationswillen stehe. Um diese Entfremdung aufzuheben, entwarf der Theologe ein kulturprotestantisches Versöhnungskonzept. Die Kirche sollte die moderne Gesellschafts- und Kulturentwicklung als das Ergebnis christlicher Progression in der außerkirchlichen Welt bejahen und durch eine Reform entsprechend den Wertvorstellungen des liberalen Bürgertums diesem ein Bleiben oder eine Rückkehr ermöglichen. Das kirchenferne Bürgertum hingegen hatte die Bedeutung der christlichen Religion für die Ausbildung, Weiterentwicklung und innere Einheit der „modernen Cultur“ anzuerkennen sowie eine sittlich-religiöse Einflussnahme auf diese zuzulassen. Mit dieser Vermittlung zwischen Christentum und säkularer Kulturentwicklung wollte Rothe eine gesellschaftliche Aufwertung christlicher Religion erreichen und verhindern, dass die Kirche in ein Winkeldasein gedrängt werde, wo sie ihre Aufgabe im Entwicklungsprozess des Christentums nicht wahrnehmen konnte.

Durch dieses Konzept, das er auch vorlebte, wurde der Theologe zu einer Symbolfigur des Kulturprotestantismus. Das kulturprotestantische Credo wurde indes in den Statuten des Gesamtvereins sowie der badischen Protestantenvereine einseitig redu-

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Claudia Lepp, Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne. Der deutsche Protestantenverein in der Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes, Gütersloh 1996, 58–69.

ziert auf die Formel von der „Erneuerung der protestantischen Kirche im Geiste evangelischer Freiheit und im Einklang mit der gesammten Culturentwicklung unserer Zeit“.<sup>6</sup> Dennoch begrüßte der badische Oberkirchenrat die rechristianisierende Intention der Vereinsprogrammatische durch die Bewusstmachung des christlichen Ursprungs der zeitgenössischen Kultur und Moral.<sup>7</sup>

### I. 3 Vereinsstrukturen und Aktivitäten

Der Deutsche Protestantenverein besaß in Baden eine eher kleine Mitgliederbasis. 1869 kamen 777 der 24.239 Mitglieder des Gesamtvereins aus Baden,<sup>8</sup> 1885 waren es 910 von 22.327.<sup>9</sup> Organisiert waren sie in Ortsvereinen, die sich vornehmlich in den Städten unter Rekurrerung auf ein loses protestantisch-liberales Beziehungsnetz bildeten. Einer der ersten und größten war der Heidelberger Verein, dessen Mitgliederzahl zwischen 1863 und 1871 auf 200 anstieg. In seinem Lokalstatut, das vom Vorsitzenden des Deutschen Protestantenvereins, dem Staatsrechtslehrer Johann Caspar Bluntschli, entwickelt worden war,<sup>10</sup> schloss er sich den Statuten des Gesamtvereins an, dem er auch in seiner organisatorischen Struktur, einer Mischung aus Repräsentativ- und Honoratiorenprinzip, glich. Neben den allgemeinen Vereinszwecken behielt sich der Ortsverein vor, auch besondere für Baden wichtige Fragen zu behandeln. Dazu traf man sich in der Regel zweimal jährlich. Die Mitglieder gehörten nach Vereinsangaben *hauptsächlich dem mittleren Bürgerstand* an.<sup>11</sup> Das städtische Bürgertum Badens war im Vergleich zu den bürgerlichen Schichten in anderen Ländern der Kirche noch nicht so stark entfremdet, wie auch der relativ stabile Gottesdienstbesuch in diesen Kreisen zeigt.<sup>12</sup>

Ebenfalls im protestantischen Nordbaden wurde 1863 in Karlsruhe und 1864 in Mannheim ein Protestantenverein gegründet. Im Jahr 1869 gab es bereits zehn badische Ortsvereine<sup>13</sup> und zwar in Heidelberg unter Vorsitz von Stadtpfarrer Oskar Ernst Ludwig Schellenberg, in Karlsruhe (1863) unter dem Vorstand von Domäneninspektor Iwan von Böckh und Stadtpfarrer Emil Zittel, in Wertheim (1863) unter dem Vorstand von Professor Platz, Professor Caspari und Bürgermeister Frank, in Sinsheim (1863) unter dem Vorsitz von Stadtpfarrer Gustav Rippmann, in Pforzheim (1863) unter Professor Carl Provence, in Mannheim (1864) unter Stadtpfarrer Emil Otto

---

<sup>6</sup> Der Protestantenverein. Seine Statuten, die Ansprachen seines engeren und weiteren Ausschusses und die Thesen seiner bisherigen Hauptversammlungen in übersichtlicher Zusammenstellung. Für Freunde und Gegner, Dessau 1874, 1.

<sup>7</sup> Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates an Johann Caspar Bluntschli vom 30.10.1865 (Landeskirchliches Archiv Karlsruhe [künftig: LKA] GA 5567).

<sup>8</sup> Jahrbuch des Deutschen Protestantenvereins 1 (1869), 204–210.

<sup>9</sup> Verhandlungen des siebzehnten Deutschen Protestantentages zu Bremen am 10. und 11. Oktober 1888, hrsg. vom ständigen Bureau des Deutschen Protestantenvereins, Berlin 1889, 15–17.

<sup>10</sup> Übernahme eines Artikels aus dem Süddeutschen Evangelisch-Protestantischen Wochenblatt über die Gründung des Heidelberger Lokalprotestantenvereins in: Protestantische Kirchenzeitung für das evangelische Deutschland 10 (1863), 1075f.

<sup>11</sup> Jahrbuch des Deutschen Protestantenvereins 1 (1869), 209f.

<sup>12</sup> Vgl. Frank-Michael Kuhlemann, Wissenschaft und Kultur. Zur Heidelberger Theologie im protestantischen Milieu Badens im 19. Jahrhundert, in: Wissenschaftsgeschichte heute. Festschrift für Peter Lundgren, hrsg. von Jürgen Büschenfeld, Bielefeld/Gütersloh 2001, 278–301, hier: 295.

<sup>13</sup> Jahrbuch des Deutschen Protestantenvereins 1 (1869), 209f.

Schellenberg, in Freiburg (1864) unter Vorsitz von Professor Dr. Wilhelm Behaghel, in Weinheim (1864) unter dem Vorstand von Fabrikant L. Klein und Stadtpfarrer Julius Zähringer, in Lörrach (1865) unter dem Vorsitz von Dekan Karl Friedrich Reinhard Schellenberg und in Eberbach (1866) unter Stadtpfarrer Christian Wilhelm Karl Höchstetter. 1872 kam noch ein Verein in Neckargemünd unter Vorsitz von Bezirksförster Schabinger hinzu.<sup>14</sup> Die Führung der Ortsvereine lag zumeist in den Händen des lokalen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums. Im Unterschied zu anderen Landeskirchen hatten in Baden mit seinem dem Verein eher wohlwollenden Oberkirchenrat in Karlsruhe auch viele Pfarrer den Vorsitz eines Protestantenvereines inne, darunter nicht wenige, die bei Rothe und Schenkel in Heidelberg studiert hatten.<sup>15</sup> Im November 1872 schlossen sich die badischen Ortsvereine im badischen Protestantenverein zusammen.<sup>16</sup> Vorsitzender des Landesverbandes war über viele Jahre der Heidelberger Stadtpfarrer Oskar Ernst Ludwig Schellenberg,<sup>17</sup> danach übernahm ihn der wissenschaftlich profilierte Karlsruher Stadtpfarrer Wilhelm Brückner.<sup>18</sup> 1885 waren nur noch vier Ortsvereine aktiv: Heidelberg mit 100 Mitgliedern, Mannheim mit 240 Mitgliedern, Karlsruhe mit 178 Mitgliedern und Pforzheim mit 160 Mitgliedern.<sup>19</sup> Bis Mitte der 1880er Jahre hatte sich die Anzahl und die regionale Verteilung der Zweigvereine des Deutschen Protestantenvereins deutlich gewandelt: 1885 gab es im östlichen Preußen 6 (=15,4%), in Nordwestdeutschland 20 (=51,3%), in Mitteldeutschland 7 (=17,9%) und in Süddeutschland 6 (=15,4%) Zweigvereine.<sup>20</sup>

Bildungsbürgerlich wie sein Leitungspersonal waren auch die Aktionsformen des badischen Vereins. Neben wenigen größeren Veranstaltungen im Kontext kirchenpolitischer Auseinandersetzungen stand die religiöse Bildungsarbeit im Vordergrund. In öffentlichen Vorträgen sollten breitere Bevölkerungsschichten Zugang zu theologischem Wissen und kirchenpolitischen Informationen erhalten. Besonders rege gestaltete sich die Vortragstätigkeit in Heidelberg und Mannheim. Im Winter 1871 veranstaltete beispielsweise der Heidelberger Verein Versammlungen mit Vorträgen über den Berliner Protestantentag, über Siebenbürgen, über die Geschichte der Bibel und über das römische Concil.<sup>21</sup> Im selben Zeitraum wurden im Protestantenverein in Sinsheim Vorträge gehalten über die Zeit der Richter, über Samuel und Saul, über das letzte Jahrhundert von Christus, über den Apostel Paulus, den Propheten Jeremias, die Geschichte des Pietismus, die Geschichte der Bibel sowie über Jung-Stilling.<sup>22</sup> Im Freiburger Ortsverein wurde die Themen *Jungfrau von Orleans*, *die Darwinische Lehre*, *das Concil zu Konstanz*, *die Zivilehe* behandelt.<sup>23</sup>

<sup>14</sup> Ebd., 3 (1872), 281.

<sup>15</sup> Darunter z. B. Stadtpfarrer Emil Zittel, 1969 Vorstand des Karlsruher Ortsvereins und Stadtpfarrer Julius Zähringer, Vorsitzender des Weinheimer Ortsvereins. Vgl. ebd., 1 (1869), 209f.

<sup>16</sup> Wochenschau. Baden, in: Deutsches Protestantenblatt 6 (1873), 333.

<sup>17</sup> Verhandlungen des elften Deutschen Protestantentages zu Hildesheim am 8. bis 10. Oktober 1878, hrsg. i. A. des geschäftsführenden Ausschusses vom Schriftführer des Vereins, Berlin 1878, 131.

<sup>18</sup> Verhandlungen des sechzehnten Deutschen Protestantentages zu Wiesbaden vom 12. bis 14. Oktober 1886, hrsg. vom ständigen Bureau des Deutschen Protestantenvereins, Berlin 1886, 138.

<sup>19</sup> Verhandlungen des fünfzehnten Deutschen Protestantentages zu Hamburg am 27. bis 29. Mai 1885, hrsg. i. A. des ständigen Bureaus des Deutschen Protestantenvereins vom Schriftführer, Berlin 1885, 135.

<sup>20</sup> Die Werte wurden ermittelt anhand der Angaben in den Verhandlungen des fünfzehnten Deutschen Protestantentages, 132–135.

<sup>21</sup> Jahrbuch des Deutschen Protestantenvereins 2 (1871), 213f.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd.

Ebenfalls mit dem Ziel der religiösen und kirchenpolitischen Meinungsbildung verteilten die Ortsvereine Flugblätter und Broschüren oder unterhielten Lesezirkel. Unter der offerierten Lektüre befanden sich vor allem Kirchenzeitungen, die im Namen oder im Geiste des Protestantenvereins protestantisch-liberales Gedankengut verbreiteten. Dazu zählten in Baden das „Süddeutsche Evangelische Wochenblatt“, die „Allgemeine kirchliche Zeitschrift“ sowie das offizielle nationale Vereinsorgan, die „Protestantischen Flugblätter“, das in Heidelberg redigiert wurde.

#### I. 4 Die Aktions- und Diskussionsfelder des badischen Protestantenvereins

Zu den Themen, die mit Hilfe von Versammlungen, Vorträgen und Presse, aber auch durch die Mitarbeit von Vereinsmitgliedern in Synoden oder Kammern im liberalen Sinne vorangebracht werden sollten, zählten in Baden die Sicherung der Lehrfreiheit, die Herstellung der nationalen Einheit sowie Kulturkampfthemen.

##### *I. 4.1 Der Kampf um Lehrfreiheit und innerkirchlichen Pluralismus*

Ein zentrales Reformziel des Protestantenvereins und seiner badischen Führer war die Sicherung einer nicht durch dogmatische Bekenntnisse, sondern allein durch „evangelische Gesinnung“ begrenzte innerkirchliche Glaubens-, Forschungs- und Lehrfreiheit. Mit ihr sollte das bürgerliche Postulat nach Freiheit und Individualität erfüllt und innerhalb der Kirche die Bedingungen geschaffen werden, unter denen eine Vermittlung von christlichem Glauben und modernen Grundanschauungen erreichbar schien.

Zu einem Präzedenzfall für die Frage der Lehrfreiheit wurde in Baden der Streit um Daniel Schenkel und sein Buch „Das Charakterbild Jesu“ von 1864. Mit seiner Historisierung Jesus, die in Widerspruch zu Teilen der überlieferten Glaubenslehre stand, hoffte Schenkel einem dogmenkritischen Bürgertum Jesus näher bringen zu können. Während er damit auch liberale Kritik erntete, stieß er in kirchlich konservativen Kreisen auf unversöhnlichen Widerstand. Dieser steigerte sich zu einer organisierten Protestbewegung gegen den kirchlichen Liberalismus Badens. Schenkel sollte als Direktor des Heidelberger Seminars gestürzt und die Bekenntnisgebundenheit der ordinierten Amtsträger innerhalb der badischen Landeskirche fixiert werden. Gekämpft wurde mit Hilfe von Zeitungsartikeln, Flugblättern, Broschüren sowie Protestversammlungen. Die Verteidigung der Kirchlich-Liberalen galt nicht Schenkels Person oder Buch, sondern dem Prinzip der Forschungs- und Lehrfreiheit. Für diese votierte auch der badische Oberkirchenrat mit seinem unter den zeitgenössischen kirchenbehördlichen Kundgebungen singulären Beschluss vom 17. August 1864.<sup>24</sup> Der Oberkirchenrat sah seine Aufgabe darin, die Forschungs- und Lehrfreiheit der ihm unterstellten Geistlichen zu schützen, da sie ihm als Voraussetzung galt, um den veränderten religiösen Bedürfnisstand der Gegenwart zu befriedigen. Der kulturprotestantische Grundton der Erklärung, mit ihrer optimistischen Bejahung des Fortschritts in Wissenschaft und Kultur, in Theologie und Kirche, rührte von einem Gutachten Richard Rothes her. Auf Grund des prinzipiellen Charakters des Beschlusses

---

<sup>24</sup> Der Erlass des Evangelischen Oberkirchenrates vom 17.8.1864 ist abgedruckt in: Der Sieg der protestantischen Lehrfreiheit in Baden. Flugblatt des deutschen Protestantenvereins (Bundesarchiv Potsdam, 90 Oe 1, Nr. 108).

wurde der Schenkelfall fortan reichsweit zwischen Liberalen und Positiven als Streit um Bekenntnisbindung und Lehrfreiheit sowie um die kirchliche Legitimität der liberalen Theologie geführt.

In Baden organisierten die pietistisch-orthodoxen Kreise nun einen Massenprotest und wandten sich im Mai 1865 mit 180 Petitionen an den Großherzog.<sup>25</sup> Die liberale badische Regierung sah inzwischen im Schenkelstreit eine Belastung für ihre Schulpolitik und begann hinter den Kulissen die Kirchlich-Liberalen zum Nachgeben zu drängen. Ein Ende fand der Streit im Mai 1867 auf der badischen Generalsynode. Streitmüde und eingeschüchtert zeigte sich die liberale Synodenmehrheit kompromissbereit und hob den Seminarzwang, wie es die Positiven gefordert hatten, auf. Gleichzeitig versuchte sie jedoch den Oberkirchenraterlass von 1864 unter den Schutz eines synodalen Beschlusses zu stellen. Sie bestätigte ihn und erklärte die vorhandenen Richtungen in der Kirche für gleichberechtigt. In der landesbischöflichen Verbescheidung wurde dieser Synodalbeschluss aber nicht erwähnt und somit erhielt er keine Gesetzeskraft. Es blieb bei dem synodalen Votum für innerkirchlichen Pluralismus, dem jedoch auch die kirchliche Praxis der Folgezeit entsprach.

In die Annalen des Protestantenvereins ging der Streit um seinen Vizepräsidenten als die „Schenkelkatastrophe“<sup>26</sup> ein. Denn der Verein drohte mit der intern umstrittenen Person und Dogmatik Schenkels identifiziert zu werden. Vor allem schadete der Streit um das wissenschaftlich wenig rühmliche „Charakterbild Jesu“ der Ausbreitung des jungen Vereins innerhalb des badischen Beamtentums.

#### *I. 4.2 Protestantisch-liberaler Nationalismus*

Ein weiteres Ziel des Vereins war die Herstellung der nationalen Einheit. *Unser Verein trägt den Namen ‚deutscher‘ nicht umsonst*, erklärte der Mannheimer Stadtpfarrer Schellenberg auf dem zweiten Deutschen Protestantentag.<sup>27</sup> So signalisierte der Verein bereits mit der Namensgebung die Offenheit für die zentrale Integrationsideologie des 19. Jahrhunderts: den Nationalismus. Faktisch dokumentierte sich diese in seinem kirchenreformerischen Ziel einer synodal und föderal verfassten Nationalkirche und damit der Übernahme des liberalen nationalen Gedankens in die Kirche. Auch zeigte sie sich in der politischen Präferenz der Vereinsmitglieder für einen souveränen und freiheitlichen Nationalstaat. Den Weg zur deutschen Einigung begleitete der Verein als nationalistischer Agitator in der evangelischen Kirche, stets darum bemüht, die Zusammengehörigkeit und wechselseitige Förderung der politischen wie religiösen nationalen Ziele und Bewegungen unter Beweis zu stellen. Bereits die erste öffentliche Vereinsklärung geschah in nationaler Mission. Als Bezugsgröße diente dabei eine religiös-kulturelle Idee der Nationalität, welche die Heidelberger im Oktober 1863 auch zur Grundlage der Rekrutierungsbasis des Vereins bestimmt hatten. In seiner von Bluntschli formulierten Erklärung zur *Schleswig'schen Kirchen- und Schulnoth* solidarisierte sich der Verein mit den deutschen Protestanten in Schleswig und bezeichnete deren Beschränkungen im Gebrauch der deutschen Sprache als *einen*

<sup>25</sup> Stefan Ph. Wolf, *Konservatismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte 1860–1893*, Karlsruhe 1990, 38f.

<sup>26</sup> Rückblick auf den deutschen Protestantenverein, in: *Protestantische Flugblätter* 38 (1904), 4.

<sup>27</sup> Festpredigt von Emil Otto Schellenberg, in: *Der zweite Deutsche Protestantentag*, gehalten zu Neustadt a. D. Haardt am 26. und 27. September 1867, i. A. des geschäftsführenden Ausschusses redigiert vom Schriftführer des Vereins, Elberfeld 1868, 15.



Abb. 2:  
Karl Zittel (1802–1871), Foto um 1860  
(Landeskirchliches Archiv)

*unleidlichen Angriff auf die heiligsten Güter [...] der gesamten deutschen Nation und Christenheit.*<sup>28</sup> In der Folgezeit absorbierte die sich zuspitzende Schleswig-Holstein-Frage das Interesse der Protestantenvereinsführer, die nun durch Interpellationen an die badische Regierung auch direkt auf politischer Ebene tätig wurden.

Die nächste Etappe im Prozess der deutschen Einigung, der Deutsche Krieg von 1866, gestaltete sich für den Verein zu einer inneren Zerreißprobe. Waren seine Repräsentanten – im Gegensatz zu den meisten evangelischen Kirchenführern – zwar überwiegend pro-preußisch und kleindeutsch gesinnt, so gab es doch unter ihnen auch Preußengegner. Innerhalb des badischen Führungskreises kam es darüber zu äußerst scharfen Kontroversen, in denen sich politische und kirchenpolitische Motive auf beiden Seiten mannigfach überkreuzten. Bluntschli trat, obgleich Baden auf österreichischer Seite kämpfte, als pointierter Kleindeutscher auf. Für ihn

war nur Preußen in der Lage, Deutschland zu einen und nach liberalen Gesichtspunkten zu gestalten. Schenkel hingegen sah mit einem preußischen Sieg die Reaktion kommen. Zu dieser Haltung bewegte ihn sowohl die Abneigung gegenüber der Bismarckschen Machtpolitik als auch die entschiedene Ablehnung der Linie des preußischen Oberkirchenrates. Anhänger der kleindeutschen Lösung wie Karl Zittel brachten konfessionelle Argumente ins Spiel. Zittel sah im deutschen „Bruderkrieg“ die Interessen des Protestantismus durch Preußen vertreten. In Baden, wo einer schmalen, städtischen, protestantischen Oberschicht eine breite, ländliche, katholische Unterschicht gegenüberstand, spielten bei derlei konfessioneller Deutung auch soziale Motive eine Rolle. Nach Zittels Auffassung konnte das badische protestantische Bürgertum angesichts des sozial motivierten, konfessionellen Hasses, der ihm von Seiten der katholischen Mitbürger während des Krieges entgegengeschlagen sei, von einem preußischen Sieg konfessionell, politisch und sozial nur profitieren.<sup>29</sup>

Nationalpolitisch vereinheitlicht bediente sich der Verein nach 1866 einer kulturprotestantischen Version des borussianischen Geschichtsbildes. Auf ihm basierte auch die Forderung, dass das neue Kaiserreich, dessen „Schöpfer“ der „protestantische Norden“ sei, nach protestantisch-liberalen Grundsätzen ausgestaltet werde. Als 1871 die Reichsgründung vollzogen war, wollte der Verein ihr auf Dauer eine idealistisch-sakrale Aura verleihen und verfolgte daher den Plan eines Volks- und Kirchenfestes

<sup>28</sup> Die Erklärung ist abgedruckt in: *Protestantische Kirchenzeitung* 10 (1863), 1034.

<sup>29</sup> Aus Baden, in: *Protestantische Kirchenzeitung* 13 (1866), 747.

mit stark zivilreligiösen Zügen.<sup>30</sup> Mit einem solchen nationalen Fest sollte die emotionale Bindung an die Nation und einen liberal gedachten Staat gefördert werden, nicht zuletzt in Konkurrenz zu katholisch-kirchlichen Bindungen. Auf große Zustimmung stieß das Vorhaben in Baden, mitunter jedoch unter Distanzierung von seinem Initiator, dem Protestantenverein. Der für liberale Ideenpolitik offene badische Großherzog versuchte den Kaiser für das Projekt zu gewinnen und überbrachte ihm die Petitionen von 49 badischen Gemeinden. Wilhelm I. lehnt es aber ab und so scheiterte die Implementierung einer national-liberalen, protestantischen Erinnerungskultur.

#### *I. 4.3 Die badischen Kulturkämpfer*

In seinen Statuten verpflichtete sich der Deutsche Protestantenverein zur *Wahrung der Rechte, Ehre und Freiheit des deutschen Protestantismus*.<sup>31</sup> Diese Zielsetzung entstammte der Kulturkampfmentalität der badischen Kirchlich-Liberalen. Im Schulstreit unterstützten diese gegen die gemeinsame Front von katholischer Kirche und positiv-pietistischen Kreisen die liberale Forderung nach einer Entklerikalisierung der Schule. Während der Auseinandersetzungen im Vorfeld des badischen Schulaufsichtsgesetzes befürwortete Bluntschli auf der fünften Durlacher Konferenz am 3. August 1863 in etatistischer Perspektive die staatliche Schulaufsicht sowie die Errichtung von Simultanschulen als die dem interkonfessionellen Staat adäquate Schulform. Auf der Basis seiner Geschichtstheologie plädierte auch Rothe, der am 9. Juli 1864 in der I. badischen Kammer den Kommissionsbericht zum Schulaufsichtsgesetz erstattete, für das staatliche Erziehungsrecht. Für ihn war die Befreiung der Schule aus kirchlicher Vormundschaft Teil des Übergangs von der kirchlichen in die staatliche Organisationsform des Christentums. Uneingeschränkte Zustimmung fand die badische Volksschulreform bei den Kirchlich-Liberalen aber erst, als die Regierung von einer Reduktion der Religionsstunden absah. Die Erfahrungen in Baden mit den Wünschen der Bevölkerung und der Pfarrerschaft in dieser Frage führten dazu, dass auch der Gesamtverein später mehrheitlich für die Beibehaltung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen votierte. Dies entsprach zugleich dem Willen der meisten Kirchlich-Liberalen, die Religion nicht völlig aus dem öffentlichen Bildungssystem verdrängen zu lassen – sollte doch der Protestantismus die zentrale religiöse und kulturelle Potenz bleiben.

Badener wie Schenkel oder sein Heidelberger Kollege Heinrich Holtzmann führten in der Schulfrage auch reichsweit das Wort. Wie der Schulkampf von den Badenern als Kulturkampf geführt wurde, zeigt eine Äußerung Schenkels: *Der Kampf um die Schule ist der Kampf um die Zukunft. Wem wird diese gehören? Der Enzyklika und dem Syllabus? Der Berliner Pastoral-Conferenz? Der Theokratie und Hierarchie? Den traditionellen, verlebten, mit dem Wahnbilde der Uebernatürlichkeit geschminkten Autoritäten? Oder der Freiheit, der Toleranz, der Cultur, dem civilisatorischen Fortschritt, der religiösen Begeisterung, der sittlichen Hingebung und Aufopferung?*<sup>32</sup>

<sup>30</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Claudia Lepp, Protestanten feiern ihre Nation. Die kulturprotestantischen Ursprünge des Sedantags, in: Historisches Jahrbuch 118 (1998), 201–222.

<sup>31</sup> Der deutsche Protestantenverein. Seine Statuten, 1.

<sup>32</sup> Daniel Schenkel, Der vierte deutsche Protestantentag in Berlin, in: Allgemeine kirchliche Zeitschrift 10 (1869), 507.

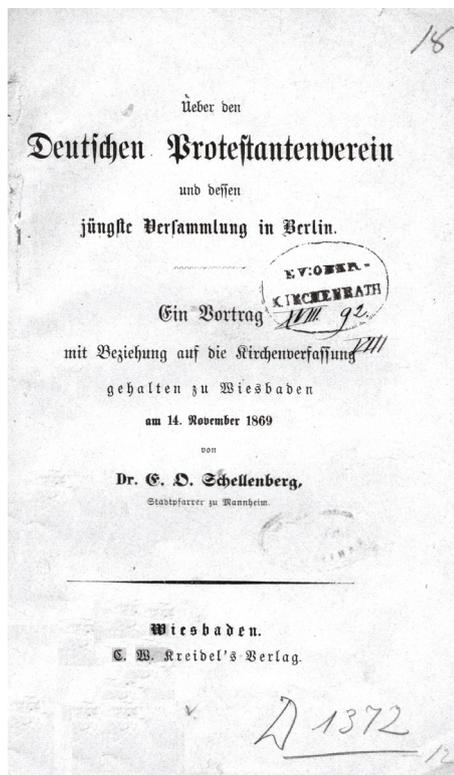


Abb. 3:  
 Titelblatt der Rede Emil Otto Schellenbergs  
 „Über den Deutschen Protestantenverein“  
 1869 (Landeskirchliche Bibliothek)

Die badischen Vereinsvertreter sorgten Ende 1865 auch dafür, dass das Thema *Welche Stellung haben wir Protestanten der jesuitisch-clerikalen Bewegung gegenüber einzunehmen?* auf die Tagesordnung des zweiten Deutschen Protestantentages gesetzt wurde. Die zu Referenten bestimmten Heidelberger, Bluntschli und Karl Zittel, legten im Vorfeld den Ortsvereinen vier Diskussionsfragen vor. Sie lauteten: 1. *Welche Erfahrungen hat man innerhalb der betreffenden Kreise gemacht – 1) über die Tendenzen – 2) über die eingeschlagenen Mittel und Wege – 3) über die Erfolge der oben bezeichneten Bestrebungen? 2. In wie fern haben diese Bestrebungen in den politisch-reactionären Parteien einerseits, und in dem Auftreten eines politischen und religiösen Radicalismus anderseits direct oder indirect eine Unterstützung gefunden? 3. Welche Gefahren erwachsen daraus für die Cultur-entwicklung unserer Zeit überhaupt und insbesondere für den Protestantismus? 4. Durch welche Mittel ist demselben entgegengetreten worden, und was ist bis dahin der Erfolg davon?*<sup>33</sup> Durch den kriegsbedingten Ausfall des Protestantentages 1866 kam das Thema dann zwar nicht zur Verhandlung, doch machten bereits

Bluntschlis und Zittels Fragen deutlich, was für das kulturkämpferische Engagement des Vereins auch in den Folgejahren galt: die Mischung von konfessionellen, kulturellen und vor allem auch politischen Motiven in diesen Auseinandersetzungen.

Die badischen Kirchlich-Liberalen betonten allerdings stets, man kämpfe nur gegen eine hierarchische, politisierte Richtung innerhalb der katholischen Kirche. Denn in Baden und besonders in Südbaden suchten die Liberalen vor allem während der 1860er Jahre noch die Unterstützung der Katholiken für ihr kulturkämpferisches Programm und bemühten sich daher, konfessionelle Auseinandersetzungen zu vermeiden. So hieß es in der Antwort des Freiburger Protestantenvereins auf die Fragen zum oben genannten Protestantentagsthema: Man kämpfe lediglich gegen die *hierarchischen Auswüchse* und gegen ein *fanatisches Kirchentum* und erachte es als vorrangig, auf dem Protestantentag *vor Allem dem Gesichtspunkt zu begegnen [...], als mischen sich die Protestanten in Angelegenheiten der katholischen Kirche*. Für Südbaden sah man die Chancen für eine Mobilisierung der Bevölkerung – auch der katholischen – gegen die Jesuiten im Jahre 1866 noch positiv: [...] *unter einer besonne-*

<sup>33</sup> Circular des Büros des deutschen Protestantenvereins an die Vorstände der Ortsvereine vom 20.11.1865 (StadtA Celle, L 6, Nr. 174).

*nen muthigen Regierung des modernen Staates ist dessen [des Jesuitismus, C.L.] Niederlage gewiß, sobald das Volk auf den Plan tritt. Niemals seit mehreren Jahrzehnten war die Bevölkerung dahier der klerikalen Parthei abgeneigter.*<sup>34</sup>

Auch bei einem weiteren KulturkampftHEMA, der Einführung der obligatorischen Zivilehe, erwiesen sich die Badener als die treibenden Kräfte. Auf ihre Initiative hin warb der Protestantenverein im Dienste religiöser und laikaler Freiheit, staatlichen Rechts und nationaler Einheit für die Einführung einer verbindlichen bürgerlichen Eheschließung. Während man sich auf Gesamtvereinsebene etwas zögerlich für die Zivilehe einsetzte, geschah dies auf badischer Ortsvereinsebene entschiedener. Dort versuchte man 1866 mit Vorträgen, Flugblättern und Artikeln in kirchlichen Kreisen der obligatorischen Zivilehe den Weg zu bereiten,<sup>35</sup> die schließlich 1870 in Baden eingeführt wurde.

Wie gezeigt wurde, konnten die Badener in den sechziger und frühen siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Speerspitze des Deutschen Protestantenvereins bilden und personell die zentralen Aktions- und Diskussionsfelder der Kirchlich-Liberalen besetzen. Das änderte sich im Laufe der 1870er Jahre, als sich das Schwergewicht des Gesamtvereins nach Nordwestdeutschland verlagerte. In Baden schlossen in dieser Zeit viele Ortsvereine ein. Die Hochzeit der kirchenpolitischen Kämpfe im Südwesten schien vorbei zu sein, auch lebten einige der großen Gründerpersönlichkeiten des Vereins nicht mehr oder zogen sich aus Altersgründen aus der aktiven Vereinsarbeit zurück. 1892 erhielt der Verein schließlich attraktive Konkurrenz in Gestalt der Kirchlich-liberalen Vereinigung. Auslöser für die Neugründung waren der Apostolikumstreit, in dessen Zentrum in Baden der rationalistische Karlsruher Stadtpfarrer Georg Längin stand,<sup>36</sup> sowie kirchenpolitische und theologische Differenzen innerhalb des liberalen Protestantismus.<sup>37</sup> Denn konträr zur Konzeption von Richard Rothe kam es in Baden fortan zu einer zunehmenden Fixierung der Liberalen und insbesondere der liberalen Pfarrer auf die Kirche als zentrale theologisch-kulturelle Bezugsgröße.<sup>38</sup> Die Kirchlich-liberale Vereinigung löste auf Orts-, Kreis- und Landesebene den Protestantenverein als die zentrale kirchenpolitische liberale Kraft in Baden ab.

---

<sup>34</sup> Mitteilung über die Verhandlung des Protestantenvereins Freiburg vom 26.1.1866 über die These: Welche Stellung haben die Protestanten der gegenwärtigen jesuitisch-klerikalen Bewegung gegenüber einzunehmen? (ZB Zürich, FA Bluntschli, 35d).

<sup>35</sup> Vgl. u. a. den als Flugblatt verbreiteten Artikel von Karl Zittel, Die Einführung der Civilehe, in: Süddeutsches Evangelisch-protestantisches Wochenblatt 8 (1866), 18ff.

<sup>36</sup> Vgl. Personalakte von Johann Georg Längin: LKA PA 120.

<sup>37</sup> Vgl. Frank-Michael Kuhlemann, Kultur und Politik im badischen Protestantismus. Zur Bedeutung von Pfarrerschaft und Vereinswesen für die Ausdifferenzierung der bürgerlichen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Mission und Diakonie, Kultur und Politik. Vereinswesen und Gemeinschaften in der evangelischen Kirche in Baden im 19. Jahrhundert, hrsg. von Udo Wenemuth, Karlsruhe 2004, 97–215, hier: 118.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., 118f.

## II. Der Protestantenverein in der Pfalz

### II. 1 Protestantisch-liberale Anfänge in der Pfalz

Noch früher als in Baden hatte sich bereits in der bayerischen Pfalz eine liberale kirchliche Opposition formiert.<sup>39</sup> In der Vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche der Pfalz setzte nach dem Scheitern der 1848er Revolution das konservativ-orthodoxe Kirchenregiment zu einigen Maßnahmen an, die zum Konflikt zwischen den überwiegend geistlichen Vertretern eines positiven Christentums und großen Teilen der pfälzischen Gemeinden führten. Der aus Erlangen kommende, von der Erweckungsbewegung geprägte August Ebrard erreichte als Konsistorialrat, dass die Generalsynode von 1853 seinen Entwurf für einen neuen Katechismus annahm und auch seinem Vorschlag zur Lösung der strittigen Bekenntnisfrage folgte. Vor allem aber die von der Generalsynode 1857 beschlossene, zunächst nur fakultative Einführung eines neuen Gesangbuches anstelle des alten, rationalistisch geprägten Buches erregte dann die liberalen Gemüter. Die rationalistischen Kirchenkreise nahmen das Gesangbuch zum Anlass, nun offensiv gegen den sukzessiven Richtungswechsel in ihrer Kirche vorzugehen. Der Protest steigerte sich zum offenen Widerstand. Zur Organisation der oppositionellen Kräfte gründete sich am 14. November 1858 der protestantische Verein der Pfalz, an dessen Spitze der Kapitalrentner Jakob Exter trat. Im Hintergrund standen rationalistisch geprägte Pfarrer wie Konrad Schmitt, Theodor Frantz sowie Peter Gelbert.

Der Verein stellte sich ganz in die Tradition des theologischen Rationalismus. Gegen die angeblich revisionistischen Absichten der Orthodoxie erklärte er sich zum Verteidiger der Grundsätze der Vereinigungsurkunde von 1818 und deren religiösen Geist. Offen bekannte er sich zu religiöser Aufklärung und religiösem Fortschrittsdenken und wünschte für die pfälzische Kirche eine Entwicklung der Lehre und Verfassung gemäß der Bildung und dem Bewusstsein der Zeit.<sup>40</sup> Diese historisierenden und emanzipatorischen Vorstellungen von Kirchenlehre und -ordnung standen konträr zu denen der Orthodoxie und des Konsistoriums. Während diese sich an den Bekenntnissen und Ordnungen der Reformation als einer normativen Objektivität orientierten, sahen sie in dem Verein den Anhänger einer Vernunftreligion, der christliche und protestantische Fundamentallehren leugne und die Zeitbildung und das Zeitbewusstsein zur kirchlichen Norm machen wolle.<sup>41</sup> Diese Gegensätze bildeten den eigentlichen Kern der Auseinandersetzungen um das Gesangbuch, in denen der schon länger schwelende Richtungskampf zwischen Rationalismus und Orthodoxie nach Absicht des Protestantenvereins nun zur Entscheidung geführt werden sollte.

---

<sup>39</sup> Umfangreiches Quellenmaterial zur Geschichte des Pfälzer Gesangbuchstreites und der Gründung des Pfälzer Protestantenvereins liegt im Landesarchiv (LA) und im Zentralarchiv der pfälzischen Landeskirche (ZA) in Speyer. Eine detaillierte Darstellung der Kämpfe zwischen Orthodoxie und Rationalismus in der Pfälzischen Kirche findet sich bei: Hans Fenske, Rationalismus und Orthodoxie. Zu den Kämpfen in der pfälzischen Landeskirche im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 132 (1984), 239–269.

<sup>40</sup> So geschehen in der Ankündigung, die man den Statuten beilegte (ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103).

<sup>41</sup> So der Tenor des Berichtes des Konsistorialrats Börsch an das Staatsministerium des Innern vom 10.7.1861 (ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103).

Auch wenn der Verein zum Schutz vor polizeilicher Verfolgung offiziell anderen Aufgaben nachging, konzentrierte er sich doch zunächst auf die Bekämpfung des neuen Gesangbuches. Nach einer erfolglosen Bittschrift an den König schlug er dem badischen Vorbild folgend den Weg der Massenagitation ein. In Adressen wurden die Presbyterien dazu aufgefordert, sich gegen die Einführung des neuen Buches auszusprechen. Von großen Volksversammlungen gingen neue Petitionen an den König aus. Die Adressen und Petitionen fanden tausende von Unterzeichnern. Mit Flugschriften wurden die Gemeinden gegen das Gesangbuch und die Kirchenpolitik des Konsistoriums mobilisiert. Die Resonanz der Agitation war groß. Noch immer hatte der theologische Rationalismus in den Gemeinden viel Rückhalt und war das so genannte Muckertum verhasst.<sup>42</sup> Charakter und Umfang der Protestbewegung lenkten auch die Aufmerksamkeit der staatlichen Behörden auf den Protestantischen Verein. Der Regierungspräsident warnte ihn vor dem Widerstand gegen die gesetzlichen Anordnungen der Kirchengewalt und drohte ihm bei einer Beteiligung an der Adressenagitation mit Schließung.<sup>43</sup> Zur besseren Kontrolle erklärte er den Verein zu einem politischen, wodurch er Zulassungs- und Versammlungsbeschränkungen unterworfen war. Diese Einstufung war auch jenseits von taktischen Überlegungen nicht ganz unbegründet. Denn dem Protestantischen Verein gehörten zahlreiche politische Liberale und Demokraten der 1848er Generation an, die ihren Unmut über die politischen Zustände auf kirchlichem Gebiet entluden. Trotz Überwachung und Behinderung durch staatliche und kirchliche Behörden wuchs die Protestbewegung weiter. Der anhaltende Streit führte zu einer erheblichen Störung nicht nur des kirchlichen Lebens. Auch vor Tätlichkeiten und Sachbeschädigungen wurde nicht zurückgeschreckt. Während das Konsistorium auf Konfrontationskurs blieb, lenkten die staatlichen Stellen allmählich ein. Das Ministerium und auf dessen Drängen auch das Konsistorium sowie die vorgezogene Generalsynode kamen im Februar und März 1861 darin überein, dass die Entscheidung der Presbyterien über den Gebrauch des neuen Gesangbuches in Übereinstimmung mit der Meinung der Gemeindemehrheit stehen müsse; ein Zwang dürfe nicht ausgeübt werden. Damit war 1861 der Höhepunkt der Auseinandersetzungen überschritten. Doch der Protestantische Verein blieb auch weiterhin im kirchenpolitischen Leben der Pfalz präsent.

## II. 2 Vereinsstrukturen und Aktivitäten

Der Protestantische Verein der Pfalz erreichte eine außerordentlich hohe Organisationsdichte. Seine Mitgliederzahl stieg bis in die 1870er Jahre kontinuierlich an: 1860 waren es 8.500 Mitglieder in 162 Gemeinden,<sup>44</sup> 1861 lag die Zahl bereits bei 16.425.<sup>45</sup> Nach Beendigung des Gesangbuchstreits gingen die Zahlen leicht zurück:

---

<sup>42</sup> So der Bericht des kgl. Landeskommisariats Zweibrücken an das Regierungspräsidium vom 29.2.1859 (LA Speyer, H 1, Nr. 597).

<sup>43</sup> Erlass des Regierungspräsidenten an die Landeskommisariate vom 16.3.1859. Exemplar im ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103.

<sup>44</sup> Fenske, Rationalismus (wie Anm. 39), 256.

<sup>45</sup> Der protestantische Verein der bayerischen Pfalz seinen Mitgliedern. Bericht über die Verhandlungen bei der dritten Generalversammlung des protestantischen Vereins der Pfalz zu Winzingen am 15. September 1861, Neustadt 1861, 30.

1861/62 gab es 14.754 Mitglieder in 248 Gemeinden,<sup>46</sup> 1863 waren es 13.688 Mitglieder in 270 Orten.<sup>47</sup> Anschließend stieg die Mitgliederzahl wieder an und lag während der 1870er und 1880er Jahre konstant bei 18.000, 1888 sank sie auf 16.000 ab.<sup>48</sup> Damit organisierte der Verein 5,6 Prozent der 1861 322.000 pfälzischen Protestanten<sup>49</sup> und stellte durchschnittlich 70 Prozent der Gesamtmitglieder des Deutschen Protestantenvereins, als dessen Zweigverein er sich verstand, dem er sich jedoch als politischer Verein auf Grund des Vereinsgesetzes offiziell nicht anschließen durfte. Ebenso war es ihm verboten, Zweig- und Lokalvereine zu bilden. Im Unterschied zu anderen Regionen konnte der Pfälzer Verein auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten Erfolge verzeichnen. Breite Unterstützung fand er bei den gewerblichen Mittelschichten. Da man von einer pekuniären Absperrung nach unten hin absah, beteiligten sich aber auch ärmere Bevölkerungsteile. Der Protestantische Verein der Pfalz war somit nach Umfang und sozialer Zusammensetzung ein Volksverein. Dies wurde auch bei den drei in der Pfalz abgehaltenen Deutschen Protestantentagen deutlich, die nach Anzahl und sozialer Herkunft der Teilnehmer einen volkstümlichen Charakter trugen. Über den Zweiten Deutschen Protestantentag in Neustadt schrieb Bluntschli: *Die Pfälzer hatten es verstanden, aus der Versammlung ein grossartiges Volksfest zu machen. Die Stimmung war zugleich gehoben, ernst und freudig. Das Blut des Volkes pulsierte da.*<sup>50</sup>

An der Spitze dieser Volksbewegung agierten wohlhabende Bürger, darunter viele Inhaber kommunaler und kirchlicher Ehrenämter. So befanden sich beispielsweise unter den fünf in Pirmasens durch den Polizeikommissar vorgeladenen Vereinsaktivisten zwei Stadträte und zwei Presbyter.<sup>51</sup> Geistliche hielten sich zunächst im Hintergrund, da sie Maßregelungen durch das Konsistorium befürchteten. So war Konrad Schmitt wegen seines Widerstands gegen den Gesangbuchentwurf zeitweilig suspendiert worden. Und in einem Bericht des Dekanats Landau an das Konsistorium in Speyer vom 15. Februar 1859 hieß es: [...] *dass Geistliche hinter den Wählern stehen ist mehr als wahrscheinlich [...] das Dekanat lässt dieselben nicht aus den Augen, doch sie sind klug.*<sup>52</sup> Der Protestantische Verein in der Pfalz war folglich vor allem eine Vereinigung von Laien, auch wenn sich später mehr Geistliche zu ihm bekannten. Den Vorsitz hatte über dreißig Jahre lang ebenfalls ein Nicht-Theologe inne. Der

<sup>46</sup> Der protestantische Verein der bayerischen Pfalz seinen Mitgliedern. Bericht über die Verhandlungen bei der vierten Generalversammlung des protestantischen Vereins der Pfalz in Neustadt am 19. Oktober 1862, Neustadt a. d. H. 1862, 31.

<sup>47</sup> Der protestantische Verein der Pfalz seinen Mitgliedern. Bericht über die Verhandlungen bei der fünften Generalversammlung des protestantischen Vereins der Pfalz zu Neustadt am 4. Dezember 1864, Neustadt a. d. H. 1862, 30.

<sup>48</sup> Jahrbuch des Deutschen Protestantenvereins 1 (1869), 204–210; Jahrbuch des Deutschen Protestantenvereins 2 (1871), 207–214; Wochenschau, in: Deutsches Protestantenblatt 8 (1875), 337; Verhandlungen des zwölften Deutschen Protestantentages zu Gotha, hrsg. i. A. des geschäftsführenden Ausschusses vom Schriftführer des Vereins, Berlin 1880, 150–155; Verhandlungen des fünfzehnten Deutschen Protestantentages (wie Anm. 19), 132f; Verhandlungen des siebzehnten Deutschen Protestantentages (wie Anm. 9), 15–17.

<sup>49</sup> Zahlen bei Hans Fenske, Das Lutherbild des Protestantenvereins im 19. Jahrhundert, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 50 (1983), 63–76, hier: 63.

<sup>50</sup> Johann Caspar Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben. Auf Veranlassung der Familie durchgesehen und veröffentlicht von Rudolf Seyerlen. Dritter Teil: Die Deutsche Periode. Zweite Hälfte: Heidelberg 1861–1881, Nördlingen 1884, 180.

<sup>51</sup> Vgl. Bericht des Polizeikommissars Heimberger an das Regierungspräsidium vom 21.4.1859 (LA Speyer, H 42, Nr. 800).

<sup>52</sup> ZA Speyer, Abt. 1 Nr. 103.

Neustädter Jakob Exter war kirchlich wie politisch liberal gesinnt, was sich auch in seinen zahlreichen Ehrenämtern widerspiegelte.<sup>53</sup> Er besaß allerdings keine höhere Schulbildung und galt auch nicht als begnadeter Redner. Neben Exter agierte an der Vereinsspitze u. a. Karl Andreae, der als langjähriger Seminardirektor in Kaiserslautern liberalen Einfluss auf die Lehrerschaft nehmen konnte.

Dank seiner Mitgliederstärke verfügte der Pfälzer Protestantenverein über ein vergleichsweise hohes Vereinsvermögen, das Spielraum für vielfältige Aktivitäten bot. Auch hierbei wirkte der Verein stärker in die Breite als andere Regionalvereine. In aufklärerischer Absicht ließ er seinen ärmeren und weniger gebildeten Mitgliedern kostenlos Schriften religiösen und kirchenpolitischen Inhalts zukommen. Die aufklärende Einflussnahme des Vereins auf ungebildete Bevölkerungsschichten wird im Brief eines Pfälzer Vereinsmitglieds deutlich, in dem es heißt: *Aufklärung! Das ist die Hauptsache, und der Vorstand hat es (zum Lobe sey es ihm gesagt) noch nie daran fehlen lassen. Beim Verein sind Tausende, die keine öffentlichen Blätter lesen und auch keine Gelegenheit haben etwas über die weltbewegenden Zeitfragen zu hören, durch den Verein, aber werden Ihnen dieselben ins Haus gebracht, und Manchem, doch was sage ich Manche, den Meisten fällt es wie Schuppen von den Augen, und sie werden mit sich einig.*<sup>54</sup> 1864 verteilte der Verein z. B. als Jahresgabe den Erlass des badischen Oberkirchenrates zum Schenkelstreit.<sup>55</sup> Auch die Berichte über die Verhandlungen der Generalversammlungen des Vereins, die in den sechziger Jahren jährlich stattfanden, wurden unter den Mitgliedern kostenlos verteilt. Neben der kirchenpolitischen Meinungsbildung in den breiteren Bevölkerungsschichten publizierte der Verein 1871 mit seinem Andachtsbuch, das später vom Gesamtverein übernommen wurde,<sup>56</sup> auch ein Werk der praktischen Theologie. Ein solcher Beitrag zur Förderung liberaler protestantischer Frömmigkeit stellte innerhalb der Aktivitäten des Protestantenvereins eher die Ausnahme dar. Die Texte des in der Pfalz in 18.000 Exemplaren verbreiteten Andachtbuches stammten teilweise von Mitgliedern des Protestantenvereins. Aus der Pfalz trugen u. a. bei der Bergzaberner Pfarrer Karl Ludwig Konrad Maurer, der Asselheimer Pfarrer Laurier, der Lennepfer Pfarrer Evertsbuch sowie der Edenkober Pfarrer von Mayer. Das Buch enthielt Morgen- und Abendgebete, Gebete und kurze Betrachtungen für besondere Zeiten und Verhältnisse, für die Weihestunden, für die verschiedenen Altersstufen und sozialen Verhältnisse, für Leidens-, Prüfungs- und Sterbestunden. Daneben fanden sich Texte zur Erbauung, aber auch Ausführungen zur Bedeutung der christlichen Feste. Mit den beiden letzten Textsorten wollte man *den Wünschen und Ansprüchen von nicht Wenigen unter den gebildeteren Gemeindegliedern entgegen[...]kommen.*<sup>57</sup>

Außer durch die Schriftenkolportage verbreitete der Verein seine kirchenpolitischen und religiösen Vorstellungen auch durch sein Vereinsorgan, das seit 1863 erschien. Mit der „Union. Evangelisch-protestantisches Kirchenblatt der Pfalz“ ver-

---

<sup>53</sup> Vgl. Jakob Exter, Der Vorstand des Pfälzischen Protestantenvereins. Vereinsgabe des protestantischen Vereins der Pfalz für 1894, Landau 1894.

<sup>54</sup> Schreiben von Georg Bennighof an die Vorstandsmitglieder des Protestantischen Vereins in Neustadt a. d. H. vom 15.11.1864 (ZA Speyer, Abt. 43, Nr. 610).

<sup>55</sup> Der protestantische Verein der bayerischen Pfalz seinen Mitgliedern. Der Erlaß des badischen Oberkirchenrates zum Schenkelstreit, Neustadt a. d. H. 1864.

<sup>56</sup> Andachtsbuch des deutschen Protestantenvereins. Erweiterte Ausgabe des Andachtsbuchs des pfälzischen Protestantenvereins. Neustadt a. d. H. 1874.

<sup>57</sup> Ebd., VII.

fügte er über das auflagenstärkste Blatt unter den Protestantenvereinen, von dem z. B. 1908 jeweils 7.000 Stück gedruckt wurden. Das Wochenblatt enthielt Beiträge zu kirchlichen, sozialen und politischen Fragen vom Standpunkt des liberalen Protestantismus sowie religiöse Betrachtungen und historische Darstellungen. Mit seinen Aufsätzen sollte ein „vernünftiges Christentum“ gefördert werden.<sup>58</sup> Mit den Jahren entwickelte es sich zum Erbauungsblatt, das neben Andachten und Betrachtungen auch Gedichte und Lieder abdruckte.<sup>59</sup> Ab 1907 brachte der Protestantische Verein den „Protestantenvereins-Kalender“ heraus, ein christlicher Volkskalender, der bis 1941 erschien.

## II. 3 Die Aktions- und Diskussionsfelder des Pfälzer Protestantenvereins

### II. 3.1 Aktivitäten auf dem Gebiet der Kirchenverfassung und Kirchenlehre

Auch wenn es seine Statuten nicht als Aufgabe benannten, setzte sich der Protestantische Verein der Pfalz gleichwohl für einen Umbau der Kirchenverfassung ein, der von liberalen politischen Verfassungsvorstellungen inspiriert war. Zumindest scheinen die Ideen von kommunaler Selbstverwaltung sowie repräsentativem Verfassungsaufbau Anstoß gegeben zu haben, um urchristlich-biblische und reformatorische Prinzipien neu zu beleben. Auch in der Verfassungsfrage agierte der Verein mit Massenversammlungen und Adressen. So wandten sich im Mai 1861 6.000 Teilnehmer einer Versammlung in der Kaiserslauterner Fruchthalle mit einer Adresse an den König, in der deutlich wurde, dass noch einige Wünsche der liberalen pfälzischen Protestanten offen geblieben waren.<sup>60</sup> Dazu zählte die Einführung einer verbesserten Wahlordnung, *welche dem Wesen des Protestantismus und der Zeitbildung entspricht, die kirchlichen Angelegenheiten in wohlbemessener Abgrenzung in die Hände der Staatsgewalt, der Geistlichkeit und der Gemeinden niederlegt und den Befugnissen der Träger kirchlicher Autorität klare Schranken zieht.*<sup>61</sup> Nach einer Umbildung des Konsistoriums in den Jahren 1862/63 verabschiedete eine außerordentliche Synode im April 1863 tatsächlich ein neues Wahlgesetz. Fortan wurden die Presbyterien gewählt und in den Diözesan- und Generalsynoden bestand Parität zwischen geistlichen und weltlichen Synodalen. Trotz dieses Erfolges stellte der Verein seine Aktivitäten nicht ein, auch wenn an einigen Orten das Interesse zu erlahmen drohte.<sup>62</sup> Auf der Generalsynode forderten liberale Synodale die Einrichtung eines Synodalausschusses für die Zeit zwischen den Synoden sowie die Beteiligung der Gemeinden bei den Wahlen. Sie konnten sich jedoch mit ihren Forderungen nicht durchsetzen. Auf der Generalversammlung des Protestantischen Vereins am 9. Dezember 1866 wurden diese Anliegen wiederholt und generell die *Einführung einer Kirchenverfassung auf*

<sup>58</sup> Der protestantische Verein der Pfalz seinen Mitgliedern: Die Aufgaben des protestantischen Vereines. Ein Jahresbericht, Neustadt a. d. H. 1882, 20.

<sup>59</sup> Vgl. Bernhard H. Bonkhoff, Geschichte der Vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche der Pfalz 1861–1918, Speyer 1993, 153.

<sup>60</sup> Der Protestantische Verein der bayerischen Pfalz seinen Mitgliedern. Bericht über die Verhandlungen der Versammlung protestantischer Kirchenglieder zu Kaiserslautern am 20. Mai 1861, Neustadt a. d. H. 1861.

<sup>61</sup> Ebd., 11.

<sup>62</sup> Vgl. hierzu mehrere Schreiben von Mitgliedern an den Vereinssekretär F. B. Henrich aus dem Jahr 1864 (ZA Speyer, Abt. 43, Nr. 610).

*Grundlage des selbstständigen und geordneten Mitwirkungsrechts der Gemeinden bei allen den Glauben, die Lehre, den Ritus und die Kirchenverfassung betreffenden Maßnahmen und Beschlussfassungen* gefordert.<sup>63</sup> Des Weiteren wurde verlangt, dass kirchenregimentliche Anordnungen und Verfügungen, die mit der Kirchenverfassung nicht übereinstimmten, auf gesetzlichem Wege zurückgenommen werden sollten. Schließlich bat man um eine baldige königliche Bestätigung der Beschlüsse der Generalsynode von 1865 bzgl. des neuen Gesangbuches, des neuen Katechismus und der biblischen Geschichte. Um Druck auszuüben, stellte der Protestantische Verein Unterschriftensammlungen in den Gemeinden in Aussicht. Das Konsistorium reagierte auf diese liberale Mobilmachung mit einer schriftlich verteilten *Ansprache an die protestantischen Presbyterien und Kirchengemeinden der Pfalz*, in der sie vor *vollständiger kirchlicher Anarchie* warnte und den Pfarrern mit disziplinarischen Folgen im Falle einer Beteiligung an der Unterschriftensammlung drohte.<sup>64</sup> Drei Pfarrer, die an der Generalversammlung des Protestantischen Vereins teilgenommen hatten, mussten sich am 19. Dezember 1866 vor dem Konsistorium verantworten.<sup>65</sup> Sechs Neustädter Presbyter sowie die weltlichen Mitglieder des Presbyteriums in Kaiserslautern, die dem Protestantischen Verein angehörten, verwahrten sich hingegen selbstbewusst beim Konsistorium gegen jede *Bevormundung*.<sup>66</sup> Die Generalsynode von 1877 regelte dann die Differenzen bei der Pfarrerbestellung.<sup>67</sup> Es wurde nun die so genannte Pfarrwahl eingeführt. Die Gemeinden mussten fortan gehört werden, welchen Pfarrer sie haben wollten. Dieses Anhörungsrecht entwickelte sich bald zu einer wirklichen Wahl. Nur selten verweigerte das Konsistorium die Ernennung des Gewünschten.

Auch in Fragen der kirchlichen Lehre und Gottesdienstpraxis blieb der Verein aktiv und bemühte sich, die Veränderungen der 1850er Jahre rückgängig zu machen. In der Gesangbuchfrage betrachtete er den erreichten Kompromiss lediglich als Interim. Während der Synode von 1865 unternahm liberale Synodale einen erneuten Vorstoß zur endgültigen Verdrängung des neuen Gesangbuches. Sie setzten einen Antrag durch, den unvollziehbaren Beschluss von 1857 aufzuheben und das alte Buch wieder in die Rechte einzusetzen, die ihm als alleinigem kirchlichem Gesangbuch zugestanden hatten. Auf seiner Generalversammlung im Dezember 1866 verlangte der Protestantische Verein, dass das neue Gesangbuch vor allem in den öffentlichen Schulen nicht mehr eingesetzt werde.<sup>68</sup> Der Forderung in der Gesangbuchfrage wurde in der königlichen Entscheidung über die Synodal-Beschlüsse jedoch nicht entsprochen. Dass eine Notabeln-Versammlung in Neustadt im November 1867 daraufhin neben anderen Beschwerdepunkten – Katechismus, Kirchenverfassung, Wahlrecht, Verhalten des Konsistoriums – auch die Gesangbuchfrage erneut aufgriff und das Nebeneinander zweier Bücher als rechtswidrig bezeichnete, änderte daran nichts.<sup>69</sup> Die Neu-

<sup>63</sup> Allgemeine Kirchliche Zeitschrift 8 (1867), 136. Vgl. zu der Versammlung auch den Bericht des Polizeikommissars Wagner vom 9.12.1866 über die Versammlung (ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103, Rep. III 7/4) sowie den Bericht in der Allgemeinen Kirchlichen Zeitschrift 8 (1867), 83–87.

<sup>64</sup> Exemplar im ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103 Rep. III 7/4.

<sup>65</sup> Schreiben von Clasen an die Dekanate von Landau, Bergzabern und Obermoschel vom 13.12.1866 bzgl. der Pfarrer Gelbert, Laurier und Maurer (ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103, Rep. III 7/4) und Bericht in der Allgemeinen Kirchlichen Zeitschrift 8 (1867), 136.

<sup>66</sup> Schreiben vom 23.12.1866 und 30.12.1866 (ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103, Rep. III 7/4).

<sup>67</sup> Fenske, Rationalismus (wie Anm. 39), 266.

<sup>68</sup> Allgemeine kirchliche Zeitschrift 8 (1867), 136.

<sup>69</sup> Vgl. Fenske, Rationalismus (wie Anm. 39), 262.

städter Resolution war die letzte entschiedene Äußerung des Protestantenvereins gegen das neue Buch. Fortan bemühte man sich verstärkt vor Ort auf die Presbyterien zugunsten des alten Gesangbuches Einfluss zu nehmen.<sup>70</sup> Nachdem der Gesangbuchstreit lange genug zurücklag und Positive wie Liberale gleichermaßen unzufrieden über das alte, rationalistische Gesangbuch waren, wurde schließlich nach der Jahrhundertwende unter Leitung des liberalen Oberkonsistorialrats Philipp Decker ein neuer Gesangbuchentwurf ausgearbeitet, der sich an den Büchern Badens und Elsass-Lothringens orientierte. Die Generalsynode nahm 1905 den Entwurf nach einer Schlussredaktion an.<sup>71</sup>

Die Lösung der Katechismus-Frage dauerte nicht ganz so lange.<sup>72</sup> Der Weg dorthin war jedoch von heftigen Meinungskämpfen geprägt. Noch immer lagen die Positionen von Liberalen und Positiven weit auseinander. Die theologischen Streitpunkte waren dieselben wie seit Jahren: die Trinitätslehre, die Gottheit Jesu, die Erbsünde, die Erlösungswerke Christi, die Auferstehung und das Abendmahl. So schloss sich an den Gesangbuchstreit ein neuer Katechismusstreit an. Er wurde jedoch nicht mehr unter Einsatz so vielfältiger Agitationsmittel und umfassender Mobilisierung der Öffentlichkeit geführt. Die Foren des Konflikts waren nun die Diözesan- und Generalsynoden und die kirchlichen Blätter. Auch tauchte das Thema in der Tagespresse auf. Die positive Minorität regte Eingaben aus den Gemeinden an. Der Protestantische Verein verlangte auf seiner Generalversammlung im Dezember 1865 die Einführung eines neuen Katechismus, der *dem gegenwärtigen Glaubensstandpunkt der Protestanten* entspreche und zugleich kindgerecht sei.<sup>73</sup> Die Generalsynode von 1869 regelte dann die Katechismusfrage weitgehend nach den Vorstellungen der Liberalen. Der Termin der Einführung eines neuen Katechismus wurde auf den 1. November 1872 festgesetzt. Entworfen hatte den neuen Katechismus der Bergzaberner Pfarrer Konrad Maurer, der auch Redakteur der „Union“ war. Indem die Generalsynode von 1869 auch noch die Herausgabe einer kindgemäßen Sammlung biblischer Geschichten beschloss, gelang es ihr, die innerkirchlichen Spannungen zu mildern.

Die vom Protestantenverein lange angestrebte Agendenreform wurde 1877 in der Weise umgesetzt, dass die Generalsynode beschloss, das neue badische Kirchenbuch in leicht veränderter Fassung zu übernehmen.<sup>74</sup> Dieselbe Synode regelte auch den Gebrauch des apostolischen Glaubensbekenntnisses. 1846 hatte Rust die Verlesung des Apostolikums an den drei hohen Festtagen sowie am Reformationsfest zur Pflicht gemacht. Die Generalsynode überließ dies nun der Entscheidung des Pfarrers. Ansonsten sollte das Apostolikum nur bei der Konfirmation gebraucht werden, bei der Taufe war es fortan nicht mehr obligatorisch. Zudem war es dem Pfarrer erlaubt, durch einleitende Worte die Bedenken gegen das Bekenntnis zu formulieren.

Die folgenden Jahrzehnte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren in Fragen der Kirchenlehre eine Zeit der Überdeckung der Gegensätze.<sup>75</sup> Die meisten Gravamina der Liberalen waren bereinigt. Der Protestantische Verein sah *das gute Recht*

---

<sup>70</sup> Vgl. Bonkhoff, Geschichte (wie Anm. 59), 38.

<sup>71</sup> Vgl. Fenske, Rationalismus (wie Anm. 39), 268.

<sup>72</sup> Zum Folgenden vgl. ebd., 264f. und Bonkhoff, Geschichte (wie Anm. 9), 40f.

<sup>73</sup> Allgemeine kirchliche Zeitschrift 8 (1867), 136.

<sup>74</sup> Vgl. zum Folgenden Fenske, Rationalismus (wie Anm. 39), 266 und Bonkhoff, Geschichte (wie Anm. 59), 43f.

<sup>75</sup> Vgl. zum Folgenden Fenske, Rationalismus (wie Anm. 39), 265f.

der liberalen Partei wieder anerkannt.<sup>76</sup> Unter den kirchenpolitisch interessierten Gemeindemitgliedern waren die Liberalen in der Mehrheit. Bei den Geistlichen neigte etwa die Hälfte zu den Liberalen. Die große Mehrzahl der Dekane war indes nach wie vor positiv, daran änderte sich nur langsam etwas. Auf allen Synoden dominierten klar die Liberalen, die jedoch den Positiven in den Ausschüssen eine gute Präsenz zubilligten. Im Konsistorium waren Männer beider Richtungen vertreten. Dieser Mittelkurs führte dazu, dass die Spannungen in der pfälzischen Kirche nicht mehr aufbrachen.

### II. 3.2 Der Kampf für den Erhalt der Union

Gegen die vorgeblich revisionistischen Absichten der Orthodoxie hatte sich der Protestantische Verein seit seiner Gründung zum Verteidiger der 1818 erfolgten Vereinigung von Lutheranern und Reformierten in der Pfalz erklärt. Wörtlich bekannte er sich in seinen Statuten zu dem Grundsatz der Vereinigungsurkunde, *daß es zum innersten und heiligsten Wesen des Protestantismus gehört, auf der Bahn wohlgeprüfter Wahrheit und ächt religiöser Aufklärung mit ungestörter Glaubensfreiheit muthig voranzuschreiten*.<sup>77</sup> Er wollte entschieden daran mitwirken, dass die Vereinigungsurkunde *in wahrer Geltung* blieb und die Vereinigte Kirche sich gemäß dem angeführten Grundsatz entwickelte. Entsprechend hatte er das alte Gesangbuch zum Symbol der Union stilisiert und als solches verteidigt. Auf dem ersten in der Pfalz abgehaltenen Deutschen Protestantentag 1867 in Neustadt ging ein Hauptreferat „Über das Prinzip der Union“. Es wurde von Daniel Schenkel aus der badischen unierten Landeskirche gehalten, gegen den zwei Jahre zuvor noch 92 Geistliche der Pfalz wegen seines „Lebens Jesu“ protestiert hatten.<sup>78</sup> Das Unionsprinzip des Protestantenvereins meinte dabei weder eine Konsensusunion im Sinne einer Lehrunion noch eine reine Verwaltungsunion, sondern eine zwar nicht bekenntnislose, aber bekenntnisfreie Union.<sup>79</sup> Diese dachte man sich als die Weiterentwicklung des historischen Unionsgedankens, den man als Sieg der Toleranz über den Konfessionalismus feierte, und interpretierte sie als ein von den Laien bereits gelebtes und damit für eine Volkskirche adäquates Prinzip. Die Bekenntnisfreiheit, begründet auf der Vorstellung einer Entwicklung und Vielfältigkeit des religiösen Bewusstseins, galt somit als oberster Grundsatz dieser im Grunde postkonfessionellen Unionskirche.

Seit seiner Gründung war der Protestantische Verein darum bemüht, die Memorialkultur der Pfälzischen Union zu besetzen und für weitere Reformvorstöße zu nutzen. Am 2. August 1868 veranstaltete er eine Feier zum Gedächtnis des 50jährigen Bestandes der pfälzischen Union in Kaiserslautern. Aus Unmut über die für ihn unbefriedigende königliche Verbescheidung der Beschlüsse der Generalsynode von 1865 und infolge der Uneinigkeit mit dem Konsistorium über die Gestaltung des Denkmals hatte er sich für eine eigene Jubiläumsveranstaltung in einer öffentlichen Halle ent-

---

<sup>76</sup> Der protestantische Verein seinen Mitgliedern 1882 (wie Anm. 58), 3.

<sup>77</sup> Ein Exemplar der Statuten des protestantischen Vereins in der Pfalz findet sich im ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103.

<sup>78</sup> Eugen Mayer, Pfälzische Kirchengeschichte, Kaiserslautern 1939, 287.

<sup>79</sup> Daniel Schenkel, Thesen über das Prinzip der Union, in: Der zweite Deutsche Protestantentag (wie Anm. 27), 31.

schieden, die auch nicht an dem vom Konsistorium angeordneten Tag stattfand.<sup>80</sup> Als Vertreter des Deutschen Protestantenvereins nahmen Bluntschli und Schenkel an der Feier teil. Die Festreden hielten Exter, Pfarrer Gelbert und der Arzt Dr. Jacob. Während Gelbert die Geschichte der Union referierte, trug Jacob mit Bezug auf die Grundsätze der Union vier Forderungen vor, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Mit der offiziellen Einrichtung eines Fonds für Theologiestudierende aus der Pfalz wurde der Union auf der Feier *ein lebendiges Denkmal* gesetzt und Sorge für einen liberalen Pfarrernachwuchs getragen.<sup>81</sup> Der Vereinsausschuss stiftete eine Summe von 12.000 Gulden, die später auf 17.000 Gulden bzw. auf 29.142 M. erhöht wurde.<sup>82</sup> Im Zentrum der Feier hatte eigentlich die Enthüllung eines steinernen Denkmals für die Union in der Stiftskirche stehen sollen, dessen Errichtung der Verein sich bereits in seinen Statuten zum Ziel gesetzt hatte.<sup>83</sup> Die Herstellung hatte sich jedoch wegen *der kirchlichen Misshelligkeiten verzögert*.<sup>84</sup> Erst am 16. August 1883 konnte das Unionsdenkmal in der Stiftskirche in Kaiserlautern mit einem Fest eingeweiht werden. Die Finanzierung des Werks des Münchner Bildhauers Konrad Knoll war ein Gemeinschaftsunternehmen: eine Sammlung unter den Protestanten der Pfalz hatte 13.779 Gulden ergeben; der bayerische König hatte 6.000 Gulden gespendet; der Staatsbeitrag betrug 100.000 Gulden, der Protestantische Verein der Pfalz steuerte 4.600 Gulden hinzu. Die Feier fand nun im Konsens mit der Kirchenbehörde statt.<sup>85</sup> Das emotionale Integrationsmedium Fest konnte dieses Mal parteiübergreifend wirken. Mit der Verteilung des Unionsbildes in 18.000 Exemplaren unterstrich der Verein jedoch, wer den Anstoß für das Unionsdenkmal gegeben hatte, das auch ein Denkmal seiner eigenen Wirksamkeit sein sollte.

### II. 3.3 Die Vereinsentwicklung seit Ende der 1870er Jahre

Die vom Protestantischen Verein gepflegte Erinnerungs- und Festkultur bezog sich nicht allein auf die Union, sondern auch auf ihn selbst. Bereits 1878 feierte er in Neustadt sein 20-jähriges Bestehen mit einem großen Fest in Neustadt, das wiederum als Volksfest inszeniert wurde.<sup>86</sup> Das nationale kirchlich-liberale Beziehungsnetz wurde durch Abgesandte des Zentral- sowie benachbarter Zweigvereine dokumentiert. Gemäß der Festregie offerierte zunächst Pfarrer Philipp Christian Höpffner, der neue Redakteur der „Union“, dem Publikum in seinem Festbericht eine 20-jährige Erfolgsgeschichte des Vereins und forderte zu offensiver liberaler Besitzstandswahrung auf. Höhepunkt der festlichen Inszenierung war die Überreichung eines silbernen Pokals an den Vereinsvorstand Exter durch den Gutsbesitzer und Landtagsabgeordneten Herr aus Harxheim.<sup>87</sup> 1883 wurde im Rahmen des Deutschen Protestantenvereins

<sup>80</sup> Der protestantische Verein der Pfalz seinen Mitgliedern. Bericht über die Feier des 20jährigen Bestehens des protestantischen Vereins der Pfalz am 22.9.1878 zu Neustadt a. d. H., Neustadt 1878, 19.

<sup>81</sup> Exter, Vorstand (wie Anm. 53), 9.

<sup>82</sup> 1882 wurden 15 Studierende mit insgesamt 1.650 Mark unterstützt. Vgl. Der protestantische Verein der Pfalz seinen Mitgliedern 1882 (wie Anm. 58), 4.

<sup>83</sup> Die entsprechende Passage in den Statuten von 1860 lautete: *Bei Gelegenheit des 50jährigen Gedächtnisfestes der Vereinigung im Jahre 1868, diesem theuren Werk ein würdiges Denkmal zu setzen* (ZA Speyer, Abt. 1, Nr. 103, Rep. III 7/4).

<sup>84</sup> Exter, Vorstand (wie Anm. 53), 9.

<sup>85</sup> Ebd., 11.

<sup>86</sup> Vgl. Der protestantische Verein der Pfalz seinen Mitgliedern 1878 (wie Anm. 80).

<sup>87</sup> Exter, Vorstand (wie Anm. 53), 10.

tages in Neustadt das 25jährige Vereinsbestehen gefeiert, wo erneut Höpffner dem Festpublikum die Bedeutung des Vereins in die kollektive Erinnerung rief. Die Jubiläumsfeste dienten der liberalen Selbstvergewisserung und der emotionalen Mitgliederintegration in einer Zeit, da das Interesse der liberalen Protestanten aufgrund fehlender kirchenpolitischer Konfliktstoffe erlahmte. Denselben Zweck verfolgte noch die Vereinsgabe von 1893 unter dem Titel „Wie der protestantische Verein der Pfalz eine Nothwendigkeit geworden ist“.

Auf lokaler Ebene bemühten sich Anfang der 1880er Jahre Einzelne um eine Reaktivierung des Vereins durch periodische Versammlungen und Vortragsveranstaltungen. In Kaiserslautern versuchte man durch Presseaufrufe, die Kirchlich-Liberalen neu zu gewinnen. Die dort enthaltene Beschreibung der Vereinsintentionen deutete einen Wandel des Vereinscharakters gegenüber seinen Kampfjahren an: [...] *es handelt sich in erster Linie um einen festen Zusammenschluß aller liberaler Elemente, welche durch die Besprechung der kirchlichen Fragen in geselligen Zusammenkünften und durch populäre Vorträge ermöglicht und gefördert werden soll.*<sup>88</sup> Nach dieser Charakterisierung handelte es sich fortan eher um lokale liberale Geselligkeitsvereine, die vor allem zur organisatorischen Verfestigung des protestantisch-liberalen Milieus dienten. In Kaiserslautern und Zweibrücken besaßen die Vereine später vor Ort auch Vereinshäuser, wo man zu Feiern, Familienabenden und Konzerten zusammenkam.<sup>89</sup> Das Vereinshaus in Kaiserslautern war auch mehrfach der Austragungsort des ab 1899 jährlich stattfindenden Pfälzischen Protestantenvereinsfestes. Die Jahresfeiern waren in den neuen Statuten des „Protestanten-Vereins der Pfalz“ von 1898 verankert,<sup>90</sup> die sich ansonsten hinsichtlich der genannten Aufgaben an die Statuten des Deutschen Gesamtvereins anlehnten.<sup>91</sup>

Erst nach der Jahrhundertwende machte der Verein dann mit einem Ziel Ernst, das in den Statuten von 1858 gestanden hatte: die Sorge für *Verlassene, in Gefahr des Verderbens stehende Kinder*. 1907 errichtete er bei Enkenbach ein Erziehungsheim für „verwahrloste“ männliche Jugendliche.<sup>92</sup> Die Einrichtung eines vom Verein getragenen Erziehungsheimes entsprach ganz dem liberalen Ansatz der gesellschaftlichen Selbstorganisation und der Erziehung zu Eigenverantwortung. Zuvor hatte der Protestantische Verein ähnlich wie der Deutsche Protestantenverein kirchlichen Lehr- und Verfassungsfragen Priorität gegeben und damit die Chance verschenkt, sich auf sozialem Gebiet frühzeitig Profil und Vorsprung zu verschaffen. Denn sozialpolitische Themen und nicht Fragen der Verfassung und Lehrfreiheit besetzten seit Ende der 1870er Jahre und noch einmal verstärkt zu Anfang der 1890er Jahre die Aufmerksamkeit der protestantischen Öffentlichkeit. Der Protestantenverein hatte sich gegen die Vorwürfe liberaler Untätig-

---

<sup>88</sup> Schreiben F. Pixis an das kgl. bayerische Bezirksamt Kaiserslautern vom 24.12.1880 (LA Speyer, H 36/235).

<sup>89</sup> Das Vereinshaus in Kaiserslautern wurde 1886 eingeweiht, das in Zweibrücken 1899. Vgl. Bonkhoff, Geschichte (wie Anm. 59), 102.

<sup>90</sup> Abdruck in ebd., 203f.

<sup>91</sup> Stark an die Statuten des Deutschen Protestantenvereins waren folgende Passagen angelehnt: „Bekämpfung alles unprotestantischen Wesens innerhalb der prot. Kirche und Wahrung der Rechte, Ehre und Freiheit des Protestantismus“, „Erhaltung und Förderung christlicher Duldung und Achtung zwischen den verschiedenen Richtungen und Konfessionen“, „Anregung und Förderung des christlichen Lebens sowie aller christlichen Unternehmungen und Werke, welche das Wohl der prot. Kirche wie die sittliche Kraft unseres Volkes bedingen.“

<sup>92</sup> Bernhard H. Bonkhoff, Quellen und Texte zur pfälzischen Kirchengeschichte. Bild-Atlas zur pfälzischen Kirchengeschichte. Bd. II Textband, Speyer/Regensburg 2005, 1085.

keit auf sozialem Felde zu verteidigen und polemisierte selbst heftigst gegen andere Lösungsansätze. Seine schärfsten Angriffe – etwa in der „Union“ – galten den Christlich-Sozialen um Adolf Stoecker, von denen ihn tiefe kirchlich-religiöse wie politische Gräben trennten. Die Innere Mission kritisierte er vor allem wegen ihrer religiös-dogmatischen Ausrichtung. Aber auch deren karitativen Tendenzen widersprachen dem liberalen Selbsthilfeprinzip. In Konkurrenz zu den Schwesternstationen des Speyerer Diakonissenhauses errichtete der Verein 1907 und 1908 eigene Krankenpflegestationen, in denen die Schwestern sich ausschließlich auf die Pflege konzentrieren und die Seelsorge den Pfarrern überlassen sollten.<sup>93</sup>

### III. Ungleiche Brüder? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem badischen und dem pfälzischen Protestantenverein

Die Gründungs- und Erfolgsgeschichten der zwei Vereine ähneln sich: In beiden unierten Kirchen formierte sich in Konfrontation mit Orthodoxie und konservativem Kirchenregiment eine liberale Opposition in Konferenzen oder Vereinen. Richtete sich der Kampf zunächst gegen neue Agenden und Gesangbücher, verband sich damit bald die kirchliche Verfassungsfrage. In beiden Fällen beinhaltete der Widerstand gegen Maßnahmen der Kirchenbehörden eine latente Opposition gegen die politischen Regierungen, griffen kirchliche und politische Interessen ineinander. Wenn auch nicht zeitlich synchron wurden die Forderungen sowohl des Badischen als auch des Pfälzischen Protestantenvereins auf kirchlichem Gebiet weitgehend erfüllt. Bezüglich ihrer innerkirchlichen Zielsetzungen handelte es sich somit um zwei der erfolgreichsten Zweigvereine des Deutschen Protestantenvereins.

Doch die beiden Vereine im liberalen Südwesten hatten auch ihre spezifischen Eigenarten. In Baden trug der Verein den Charakter einer städtischen Honoratiorenvereinigung mit dem Heidelberger Gelehrtenmilieu als geistiges Zentrum. Lange Jahre gab es keine gravierenden programmatischen und agitatorischen Unterschiede zwischen dem Deutschen Protestantenverein und seinem badischen Zweigverein, dem auch sein erstes Führungspersonal entstammte. Rothe lieferte die kulturprotestantische Klammer des Vereins; Bluntschli gab ihm seine politische und kulturkämpferische Prägung und Schenkel seinen kirchenpolitischen Impetus. Aus Baden stammten die Vereinsstatuten einschließlich ihres kulturprotestantischen Kernsatzes.

Der pfälzische Protestantenverein verfügte über keine reichsweiten Vordenker des Kulturprotestantismus. Anstelle der kulturprotestantischen Formel enthielten seine Statuten ein Bekenntnis zur pfälzischen Union, zu religiöser Aufklärung und ungestörter Glaubensfreiheit. Der Pfälzische Verein war und blieb noch lange Zeit stark im theologischen Rationalismus verwurzelt. Inhaltlich setzte er seine Schwerpunkte bei der Reform von Kirchenlehre und -verfassung. Seinem Charakter nach war er eine religiöse Protestbewegung, die schließlich in eine gesellige Organisation des protestantisch-liberalen Milieus der Pfalz mündete. Seine zahlreichen Mitglieder kamen aus breiten Schichten. Er war ein Laienverein, der für theologische Vorträge gerne auf badi-

---

<sup>93</sup> Vgl. Bonkhoff, Geschichte (wie Anm. 59), 69.

sche Theologen zurückgriff. Die Badener hingegen blickten nicht ohne Neid auf den volkstümlichen Charakter des Nachbarvereins, dessen Festkultur und populären Schriften. So war der kirchlich-liberale Südwesten des 19. Jahrhunderts in zwei zwar ähnlichen, aber nicht gleichen Vereinen organisiert.